

## Anmerkungen zu drei polnischen Kritiken der Thesen „Über die Darstellung der deutsch-polnischen Beziehungen im Geschichtsunterricht“<sup>1)</sup>

Von Enno Meyer

Wenn die Thesen in ihrer ersten Gestalt auch verbesserungsbedürftig sind — sie sollten nur eine Diskussionsgrundlage sein und niemand „aufgedrängt“ werden —, so haben sie doch bereits eine erfreuliche Wirkung hervorgerufen: sie sind auf polnischer Seite als Zeichen des guten Willens gewertet worden und haben namhafte polnische Historiker, Mitarbeiter des Westinstituts in Posen und des Schlesischen Instituts, zu kritischen Stellungnahmen veranlaßt.

Mögen die Kritiken zu vielen Thesen auch ablehnend sein, so lassen sie doch erkennen, wo die Schwierigkeiten liegen, die den Weg zu einer deutsch-polnischen Verständigung über den Inhalt der Geschichtslehrbücher noch versperren.

Eine Schwierigkeit ist nach wie vor der „integrale“ Nationalismus u. s. Die polnischen Kritiker meinen, ihn noch vielfach in den Thesen zu finden, und entsprechend geht es dem Deutschen, wenn er die Stimmen der polnischen Kritik liest. Die alte nationalistische Kampf-Ideologie spricht noch aus den Worten von E. Maleczyńska und K. Popiołek, wenn sie das Buch „Deutschland und Polen“<sup>2)</sup> — bezeichnenderweise mit einem militärischen Ausdruck — als eine „Aufforderung zur Kapitulation“ bezeichnen, was es doch gewiß nicht sein sollte, und ebenso, wenn Piwarski vermutet, die deutsch-polnischen Historikergespräche von 1938 seien wiederum eine deutsche „Aufforderung zur Kapitulation“ gewesen. Wenn sie seinerzeit zu keiner Einigung führten, so lag es daran, daß die polnischen Schulbehörden mit Recht an der Durchführbarkeit einer solchen zweifelten<sup>3)</sup>. Die Ereignisse gaben ihnen recht.

Die aus der Sowjetunion übernommene „patriotische“ Forderung, die großen Leistungen des eigenen Volkes hervorzuheben und die kulturelle Abhängigkeit vom Westen möglichst gering einzuschätzen, spricht aus den Äußerungen E. Maleczyńskas und Popioleks zur Frage des deutschen Kultureinflusses.

Einen ähnlichen Patriotismus gab es auch einmal in Deutschland. Er versuchte den gewaltigen Einfluß der französischen Kultur auf die Deutschlands mehr oder minder zu verschweigen. Aber diese Tatsache der Kulturgeschichte konnte dadurch nicht aus der Welt geschafft werden.

Eine zweite Schwierigkeit, die einer Einigung im Wege ist, ist die Verschiedenheit der geschichtsphilosophischen Anschauungen.

<sup>1)</sup> Gerard Labuda in „Przegląd Zachodni“ H. 11/12 1956, Ewa Maleczyńska und Kazimierz Popiołek in „Kwartalnik Historyczny“ Jg. 64, H. 2, 1957 und Kazimierz Piwarski in „Historia i Nauka o Konstytucji“ Jg. 5, 14, 4/5, 1957.)

<sup>2)</sup> Deutschland und Polen. Beiträge zu ihren geschichtlichen Beziehungen. Hg. Albert Brackmann. 1933.

<sup>3)</sup> Vgl. W. Markert: Geschichte Polens (Literaturbericht), Geschichte in Wissenschaft und Unterricht, VIII, 11 1957), S. 702.

E. Maleczyńska und Popiołek empfinden die Thesen als Ausdruck einer „europäischen Ideologie“. Wenn man das Ideal eines geeinten Europa, in dem jedes Volk entsprechend seiner Eigenart frei, friedlich und geachtet leben kann, als „europäische Ideologie“ bezeichnen will, so sind die Thesen Ausdruck einer solchen. Dieser Europagedanke ist aber nicht nur „in den regierenden Kreisen der Bundesrepublik vertreten“, sondern so allgemein in Europa, daß viele der nationalen Meinungsverschiedenheiten, die bisher die Gemüter erhitzen konnten, heute bereits der Vergangenheit angehören.

Ein Bestreben, die Polen von den übrigen Slawen zu trennen (Maleczyńska/Popiołek), liegt den Thesen ganz fern. Die engen böhmisch-polnischen Beziehungen des Mittelalters — eine Parallele zu den deutsch-polnischen — werden gelegentlich erwähnt (Th. 6, 12, 20), gehören aber nicht zum Gegenstand der Thesen.

Die polnischen Kritiker der Thesen stehen auf dem Boden des historischen Materialismus, sie kennen daher „objektive Regeln des historischen Prozesses“ (Labuda), aber das braucht einer Verständigung nicht im Wege zu stehen, sofern diese Betrachtungsweise nicht mit der nationalistischen verquickt wird (vgl. Bemerkung zu Th. 32, letzter Absatz, u. Th. 47). Die verschiedenen europäischen Grundanschauungen der Geschichte haben gerade deshalb, weil sie einander widersprachen, zu immer tieferem Eindringen in historische Zusammenhänge geführt. Der historische Materialismus kann das Verdienst für sich beanspruchen, verhärtete Anschauungen aus dem Zeitalter des Nationalismus, wie die von der polnisch-deutschen Erbfeindschaft, aufgelöst zu haben. Durch Erforschung ökonomischer und demographischer Verhältnisse hat er manche historischen Erscheinungen aufhellen können. Auf anderen Gebieten allerdings bringt er die Gefahr einer Verdunklung mit sich, dann nämlich, wenn er z. B. monokausal religiöse Strömungen aus den jeweiligen Produktionsverhältnissen ableiten will.

Eine weitere Schwierigkeit ist die der Werturteile. An den Thesen finden sie sich an einigen Stellen, dort nämlich, wo einzelne Menschen entscheidend gehandelt haben (polnische Teilungen, nationalsozialistische Politik). Labuda lehnt als Vertreter des historischen Materialismus folgerichtig alle Werturteile ab. Piwarski dagegen fordert sie. Er sieht offenbar die gegenwärtigen Zustände als logisches und daher richtiges Ergebnis des „historischen Prozesses“ an und daher alles, was nicht geradeswegs auf sie hinführt, als „schädlich“ und gegen die Interessen des polnischen Volkes verstößend. Das betrifft besonders die jahrhundertelange Expansion Polens nach Osten, von Hedwig bis Piłsudski. (Diese Verurteilung eines wesentlichen Teils der polnischen Geschichte erinnert an eine Richtung in der deutschen Geschichtsschreibung, die die Italienpolitik der Kaiser verurteilte, weil sie gegen die Interessen des deutschen Volkes verstößen habe.)

Weiter noch als Piwarski gehen E. Maleczyńska und Popiołek. Sie fordern an zahlreichen Stellen sogar moralische Verurteilungen.

Da aber der Historiker nicht Richter der Vergangenheit sein soll und moralische Belehrungen im Schulbuch pädagogisch ohnehin nicht zweckmäßig sind,

scheint es mir das beste zu sein, entsprechend Labudas Vorschlag die Werturteile aus den Thesen ganz zu entfernen.

Nicht ganz leicht ist es auch, sich über den Inhalt der Thesen zu einigen. Vieles, was für die Entwicklung der deutsch-polnischen Beziehungen von Bedeutung ist und von den polnischen Rezensenten vermißt wird, war mit Rücksicht auf die Aufnahmefähigkeit der Lehrbücher weggelassen worden, wie z. B. die zweite deutsche Kolonisation, die Ära Flottwell und die Entwicklung der polnischen Bewegung in Oberschlesien. Die zweite deutsche Kolonisation müßte wohl, worauf auch Rhode hinweist, wegen ihrer Bedeutung für das deutsch-polnische Verhältnis in einer besonderen These behandelt werden.

Grundsätzlicher sind Labudas Forderungen, die ökonomischen und sozialen Verhältnisse eingehender zu würdigen; sie verdienen ernstliche Überlegung. E. Maleczyńska und Popiołek verlangen — einseitiger — stärkere Berücksichtigung der „Rolle der Volksmassen“, namentlich der polnischen in Westpreußen und Schlesien. Dazu müßte man untersuchen, seit wann es dort „Volksmassen“ (Menschen in ihnen bewußter gleicher sozialer und rechtlicher Lage) gegeben hat und seit wann diese in der Geschichte eine Rolle gespielt haben<sup>4)</sup>.

Eines, was Labuda beanstandet, wird sich m. E. nicht vermeiden lassen, das ist die Auflösung der großen Kette der Ereignisse in einzelne Glieder. Es scheint mir im Rahmen der Thesen und auch in dem der Schulgeschichtsbücher nicht möglich zu sein, die Beziehungen beider Völker miteinander „in allen ihren Aspekten, den ökonomischen, sozialen, politischen und kulturell-ideologischen“, wie Labuda es wünscht, darzustellen. Diese Aufgabe kann nur ein großes Werk über die gesamten deutsch-polnischen Beziehungen oder besser noch über die gesamte polnische Geschichte lösen. Ein solches Werk fehlt aber in Deutschland seit langem.

Labuda fragt nach den wissenschaftlichen Grundlagen der Thesen, weil ja begrenzte Informationsmöglichkeit zu Unterschieden in der Auffassung geführt haben könne. Die benutzte Literatur ist nicht genannt worden, weil es bei derartigen Thesen nicht üblich ist (dies wird aber im folgenden z. T. nachgeholt), andererseits deshalb, weil manche Formulierungen erst das Ergebnis längerer Erörterungen sind. Die Vermutung der begrenzten Informationsmöglichkeit ist richtig. Für den deutschen Historiker ist es oft schwierig, sich bestimmte polnische Veröffentlichungen zu beschaffen.

Sehr praktisch ist Labudas Vorschlag, zunächst einmal die Thesen zu diskutieren, über die eine Einigung verhältnismäßig leicht möglich sein wird, und andere zunächst noch zurückzustellen. Zu diesen anderen gehören — wie aus den Kritiken hervorgeht — einerseits die zur Vorgeschichte, über die die Meinungen weit auseinanderklaffen, und andererseits die zur neuesten Geschichte, z. B. diejenigen, welche die polnisch-sowjetischen Beziehungen betreffen.

<sup>4)</sup> Es scheint mir hier nicht der Ort zu sein, die Frage zu lösen, was ein Schulbuch, das nicht nur ein von Irrtümern und Schiefheiten bereinigtes nationales, sondern ein europäisches sein will, aus dem Stoff auszuwählen hätte. Vgl. dazu Georg Städtler: Geschichte Europas als Problem. Aus Politik und Zeitgeschehen, Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“ v. 15. 1. 1958, S. 1—13.

Zu 20 von den 47 Thesen liegen ausführlichere Stellungnahmen vor. Auf diese möchte ich im folgenden eingehen.

### Zu These 7 (Polen wird Königreich)

Bei der Angabe, Bolesław sei zum Patricius ernannt worden, stützte sich die These auf Albert Brackmann, Marjan Zygmunt Jedlicki und Francis Dvornik<sup>5)</sup>. Angesichts des neuerlichen Widerspruches von Heinrich Appelt, auf den auch Rhode hinweist, und von Mathilde Uhlirz<sup>6)</sup> wird diese Angabe nicht mehr „von der Mehrzahl der Fachgelehrten als gesichert angesehen“ (laut Vorbemerkung), sie ist also zu streichen. (Es kann nicht die Aufgabe der Thesen sein, die Quellen neu zu interpretieren, sondern nur, festzustellen, ob hinsichtlich der Interpretation eine gewisse Einigkeit herrscht.)

Labuda bezeichnet die Angabe, Otto III. habe das Erzbistum Gnesen gegründet, als „nonsens“. Die Zeitgenossen Ottos waren der Ansicht, er habe es getan (und machen ihm Vorwürfe deshalb: Thietmar, Annales Magdeburgenses). Unter den heutigen Historikern gibt es — bedingt durch die Dürftigkeit der Quellen — zwar verschiedene Ansichten darüber, welche Rolle neben Kaiser Otto Herzog Bolesław und Papst Silvester bei der Gründung gespielt haben, aber selbst Paul Kehr, auf den Labuda sich beruft, schreibt: „Hier wie dort (bei Gründung des Erzbistums Magdeburg) war die treibende Kraft der Kaiser, damals Otto I., jetzt sein Enkel Otto III., beide von dem gleichen Ehrgeiz beseelt, durch die Errichtung einer Metropole in den weiten, kaum christianisierten Slawenlanden sich für alle Zeiten einen Namen und einen Sitz im Himmel zu erwerben“<sup>7)</sup>. Labuda sieht — seinem Standpunkt entsprechend — bei der Gründung des Erzbistums die weltliche Ausstattung als das Wesentliche an und bei seiner Bedeutung — die er nicht überschätzt wissen will — die der Metropolitanorganisation. Das trifft aber nicht das, was die These zum Ausdruck bringen will. Sie will auf die einigende Wirkung der Kultstätte hinweisen. Was Gnesen für die Frühzeit Polens war, war für das spätere Mittelalter die Verehrung des heiligen Stanislaus<sup>8)</sup> und ist für die Neuzeit die der Schwarzen Mutter Gottes von Tschenschostchau.

Hinsichtlich Pommerns ist Labudas Kritik anzuerkennen. Wenn die Quellen hinsichtlich der Einzelheiten auch unklar sind, so muß doch als gesichert angesehen werden, daß Pommern von Mieszko I. erworben und nach Bolesław I. Tod wieder verlorengegangen ist<sup>9)</sup>.

Was von der Erhebung Bolesławs zum Patricius gilt, gilt auch von der Zustimmung der Kurie zu seiner Königskrönung. Einige Historiker nehmen sie

<sup>5)</sup> Vgl. Brackmann: Gesammelte Aufsätze, 1941, darin u. a. „Die Anfänge des polnischen Staates“ (1934); Jedlicki: „Die Anfänge des polnischen Staates“, Erwid. Historische Ztschr. Bd. 152 (1935), S. 519 ff.; Dvornik: The Making of Central and Eastern Europe, London 1949, S. 145 ff.

<sup>6)</sup> Jahrbücher des Deutschen Reiches unter Otto II. und Otto III., Bd. 2, Otto III. 983—1002, Berlin 1954, S. 549 ff.

<sup>7)</sup> Das Erzbistum Magdeburg und die erste Organisation der christlichen Kirche in Polen. Abh. Preuß. Akademie der Wissenschaft, Jahrg. 1920, Hist.-Phil. Kl. S. 34.

<sup>8)</sup> Vgl. Oskar Halecki: A History of Poland. Revised Edition, London 1955, S. 47.

<sup>9)</sup> Nach S. Kętrzyński in Cambridge History of Poland, Bd. I, 1950.

an<sup>10)</sup>, andere — wie Labuda — lehnen sie ab. Quellenmäßig ist sie nicht zu belegen, also müßte sie aus den Thesen gestrichen werden.

### Zu These 8 (Der deutsche „Drang nach Osten“)

Labuda vermißt einen Hinweis „auf die ungleiche Entwicklung der Produktionskräfte“ als Hauptgrund der Ostbewegung der Deutschen und anderer Völker. Der westliche Historiker wird sich mit diesem einen Grunde nicht begnügen. „Politische, religiöse, wirtschaftliche, rechtliche, nicht zuletzt auch bevölkerungsbiologische Motive bewirkten in ihrem inneren Zusammenhang ein Verschieben der deutschen Volksgrenzen nach Osten“<sup>11)</sup>.

Maleczyńska/Popiołek wünschen eine Verurteilung der deutschen Ostsiedlung. Sollte ein heutiger Historiker wirklich berechtigt sein, eine Erscheinung, die sich über Jahrhunderte erstreckt, zu verurteilen? Sollen entsprechend die Schweden ihre mittelalterliche Expansion nach Finnland, die Italiener die ihre nach Dalmatien, dem Archipelagus und dem Schwarzen Meer „verurteilen“? Das sind doch Dinge, die nicht auf die Willensentscheidung einzelner Menschen zurückzuführen und aus der Geschichte keines der betroffenen Länder wegzudenken sind!

Ein Widerspruch scheint mir in Piwarskis Äußerungen über die polnische und deutsche Ostbewegung zu liegen, auf die er zweimal zu sprechen kommt. In seinen einleitenden Ausführungen bezeichnet er die polnische Ostbewegung als „Expansion östlicher Latifundienbesitzer auf ukrainisches, weißruthenisches und sogar russisches Gebiet“. Gewiß gab es hier polnische Latifundienbesitzer, aber sie entstammten vielfach einheimischen (polonisierten) Geschlechtern wie die Czartoryski und Radziwiłł, die Lubecki und Sapieha. Die Masse der Polen aber, die Kleinadligen von Ostgalizien und Podlachien, die Bürger von Lemberg und Wilna, bestand nicht aus Latifundienbesitzern. Aus ihr gingen zahlreiche Männer hervor, deren Namen in der Welt bekannt geworden sind. Hat das heutige Polen sich von ihnen allen „losgesagt“, von Kościuszko und Mickiewicz, von Słowacki und Paderewski, von Joseph Conrad und Piłsudski? Nach Piwarskis Worten muß man es annehmen.

Gänzlich abwegig ist es auch, die deutsche Ostsiedlung als eine Angelegenheit der deutschen „besitzenden Klassen“ zu bezeichnen. Alle deutschen Stände waren daran beteiligt, und gemeinsam mit ihnen die Slawen: Fürsten, Ritter (in Pommern z. B. die Bonin, Kleist, Kameke, Borcke und Yorck) und Bauern. Auch ist bekannt, wann die deutschen Latifundienbesitzer ins Land kamen, etwa die Dohna und Egloffstein in Preußen oder die Schaffgotsch und Henckel von Donnersmarck in Schlesien, nämlich lange nach der mittelalterlichen Siedlung.

Soll nun ein heutiger Deutscher sich anmaßen, die Entstehung der deutschen Stämme zu verurteilen, aus denen Kant, Herder und Schopenhauer oder Böhme, Gryphius und Eichendorff hervorgegangen sind?

<sup>10)</sup> Halecki a. a. O. S. 14, Kętrzyński a. a. O. S. 32.

<sup>11)</sup> Walter Schlesinger in Gebhardt's Handbuch der deutschen Geschichte. 8. Aufl. Bd. 2 (1955), S. 540.

Aber nachdem Piwarski den polnischen und deutschen „Drang nach Osten“ gründlich verurteilt hat, bringt er ein paar Seiten später sachliche Ausführungen über wesentliche Gründe der deutschen Ostsiedlung, gegen die sich nichts einwenden läßt, die aber auch die Simplifikation, die er eingangs gebracht hat, wiederaufheben.

#### *Zu These 9 (Pommern zwischen Polen, Deutschland und Dänemark)*

Labuda nennt die Angabe, daß die deutsche Lehnshoheit über das westliche Pommern nach 1227 wiederhergestellt worden sei, eine terminologische Ungenauigkeit, da ja die brandenburgische keine „deutsche“ Lehnshoheit war. Mir scheint, daß in diesem Fall die Gleichsetzung der Begriffe zulässig ist, handelt es sich doch um ein Gebiet, das vor der Dänenherrschaft schon Reichslehen gewesen war und es nun, wenn auch mittelbar, wieder wird. Anders ist es mit der brandenburgischen Lehnshoheit über Pommerellen um 1269; sie blieb Episode. (Eine Parallele ist die verschiedenartige Bedeutung böhmischer Lehnshoheit über polnische Gebiete: Bei Schlesien bedeutet sie Lösung von Polen und Angliederung an Deutschland, bei Masowien nichts dergleichen.)

„Hinterpommern im 13. Jahrhundert Reichslehen.“ Gemeint ist das Gebiet zwischen Persante und Leba, das nach dem Tode des letzten Herzogs von Ostpommern (1294) — allerdings erst 1309 — brandenburgisch wird (1313 Bestätigung durch Kaiser Heinrich VII.). Hinsichtlich Rügens beruht die Angabe der These darauf, daß Fürst Wizlaw II. von Rügen 1283 die Lehnsabhängigkeit vom Reich anerkennt, was allerdings wohl nur für seinen festländischen Besitz galt<sup>12)</sup>. Die beiden letzten Sätze der These wären besser durch folgende zu ersetzen: „Bald nach der Schlacht von Bornhöved (1227) wird das mittlere Pommern zwischen Peene und Persante brandenburgisches Lehen und damit endgültig an Deutschland angegliedert. 1309 kommt das Gebiet bis zur Leba hinzu, 1325 — nach Aussterben der einheimischen Dynastie — Rügen mit dem angrenzenden Festland.“

#### *Zu These 11 (Polen und das römisch-deutsche Kaiserreich)*

Die These rührt Fragen an, deren Lösung einerseits dadurch erschwert wird, daß die Quellen der Interpretation reichlich Spielraum lassen, und andererseits dadurch, daß es seit langem als eine Art Ehrensache für jede Nation gilt, möglichst früh einen unabhängigen nationalen Staat besessen und darüber hinaus noch weitere Gebiete beherrscht oder beeinflußt zu haben.

Labuda bezweifelt, daß von einer Oberlehnsherrschaft der mittelalterlichen deutschen Herrscher über die polnischen Herzöge gesprochen werden könne. Er läßt nur deutsche Tributforderungen und einzelne Belehnungen für bestimmte Gebiete gelten. Er betrachtet dabei anscheinend wie Jedlicki<sup>13)</sup> das

<sup>12)</sup> Carl Hamann: Die Beziehungen Rügens zu Dänemark von 1168 bis zum Aussterben der einheimischen rügischen Dynastie 1325, Greifswald 1933.

<sup>13)</sup> Vgl. Anm. 5.

Tributverhältnis als eine losere Form der Abhängigkeit als das Lehnverhältnis. Das wird bestritten<sup>14)</sup>.

Der Anspruch auf Oberhoheit über die polnischen Herrscher ist von den deutschen Herrschern von Otto I. bis Friedrich I. und später noch von Rudolf I. und Albrecht I. erhoben worden, und immerhin haben sieben von den neun polnischen Herzögen von Mieszko I. bis Kasimir II. (963—1194) sie anerkannt. Daß Polen dabei fast immer tatsächlich unabhängig blieb, ist nicht zu bestreiten. Wenn die nachbarlichen Reibereien mit den Deutschen diese Art der Einordnung in die römische Christenheit unmöglich machte, knüpfte Polen statt dessen das andere Band fester, das es mit jener verband, das mit dem Papsttum.

#### *Zu These 12 (Schlesien)*

Labuda und Maleczyńska/Popiołek betonen, daß Schlesien nicht schon zu Ende des 13. Jahrhunderts aus Polen ausgeschieden sei. Das ist richtig; die These spricht auch nur von einem „Beginn“ der Loslösung. Wenn man die Belehnung Heinrichs IV. von Breslau durch Rudolf I. (1280) nicht gelten lassen will, da sie ohne weitere Bedeutung blieb, so muß man aber darauf hinweisen, daß Kasimir von Beuthen 1289 sein Land von der Krone Böhmen zu Lehen nahm, womit das Beispiel für die übrigen schlesischen Piasten gegeben war. Der Vertrag von Trentschin (1335) bedeutete dann nur noch die Anerkennung einer vollzogenen Tatsache.

#### *Zu These 13 (Der Deutschritterorden)*

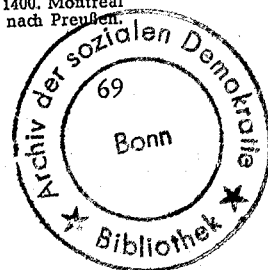
Das Besitzrecht des Ordens am Kulmerland ist viel diskutiert worden. Der Orden beruft sich auf die Kruschwitzer Schenkung von 1230, und ihm folgen die deutschen Historiker, auf polnischer Seite sieht man die betreffende Urkunde als Fälschung und das Urteil des kanonischen Prozesses von 1339 als korrekt an<sup>15)</sup>.

Der Satz: „Er hat also einwandfreie Rechtstitel“, klingt apologetisch; er mag daher gestrichen werden.

Wenn man die Erhebung der Städte und der Ritterschaft Preußens als eine Verurteilung des Ordens werten will, wie Labuda und Piwarski es tun, dann müßte man auch die „negative Rolle des (deutschen) Bürgertums“ bei der Wiedervereinigung Polens im Mittelalter (Maleczyńska/Popiołek) als eine historische Verurteilung der Einigungspolitik des Władysław Łokietek ansehen. Es handelt sich doch bei dem Aufstand der Krakauer Bürger 1311 ebenso wie beim Abfall des Preußischen Bundes vom Orden 1454 um Erscheinungen der ständischen Machtkämpfe des ausgehenden Mittelalters, also „Klassenkämpfe“. Sie vom nationalen Standpunkt aus moralisch zu bewerten, scheint mir mit der Betrachtungsweise des historischen Materialismus nicht vereinbar zu sein.

<sup>14)</sup> Gerhard Sappok: Polen, Reich und Pommern im 10. Jahrhundert, Jahrbuch für Geschichte Osteuropas, Jahrg. 2 (1937) S. 201—223, nennt das Tributverhältnis „die unterste, d. h. strengste und härteste Form der Abhängigkeit“.

<sup>15)</sup> Vgl. Marjan Tumulcer: Der Deutsche Orden in Werden, Wachsen und Wirken bis 1400. Montreal und Wien 1955. S. 253 ff. Erich Maschke: Polen und die Berufung des Deutschen Ordens nach Preußen Danzig 1934, S. 54 ff.



*Zu These 15 (Die mittelalterliche deutsche Siedlung in Polen)*

Daß deutsche Siedlung und Siedlung nach deutschem Recht nicht dasselbe sind, ist deshalb nicht besonders betont worden, weil diese Tatsache heute allgemein anerkannt ist. Aber vielleicht wäre es doch richtig, die Bedeutung des deutschen Rechts für das polnische Dorf stärker hervorzuheben.

Die Angabe der These, die bäuerliche deutsche Siedlung habe nur in unbesiedelten Gegenden stattgefunden, ist tatsächlich wohl zu einseitig (worauf auch Rhode hinweist). Aber ist nicht Labudas Angabe, sie sei hauptsächlich von den Klöstern betrieben worden, eine neue Einseitigkeit? (Soll hier die Kirche für eine Sache verantwortlich gemacht werden, die dem heutigen Polen unsympathisch ist?)

Zugegeben werden muß, daß die Rolle der deutschen Städte und der Hanse für die innere Entwicklung Polens mehr Beachtung verdient.

Umstritten und noch zu klären ist, wieweit man im späteren Mittelalter von einer Deutschenfeindschaft in Polen sprechen kann. Labuda schreibt, sie habe alle sozialen Schichten umfaßt, schränkt aber selbst ein „vor allem Geistlichkeit und Adel“, Rhode dagegen spricht nur von „gewissen Kreisen von Adel und Geistlichkeit“. Zu diskutieren wäre noch, ob man tatsächlich der „Konzeption nationaler Einigung“ eine besondere politische Konzeption der deutschen Bürger gegenüberstellen kann, die sich darin geäußert hätte, daß sie die Hilfe deutscher und böhmischer Fürsten suchten. Geht es den Bürgern in Polen und in Ungarn nicht lediglich darum, ihre Selbstverwaltung und ihren Handel gegen wachsende Ansprüche des Adels zu verteidigen?

*Zu These 17 (Das Schicksal der Ordensländer seit 1466)*

Hinsichtlich der Masuren liegt bei Labuda ein Mißverständnis vor. Wenn jene sich als „preußische Landeskinder“ fühlten, so war das ein ganz unpolitisches Heimatgefühl, vergleichbar demjenigen der Weißruthenen in Ostpolen vor dem Kriege, die sich einfach als „Tutejsi“ (Hiesige) bezeichneten. Von einem „preußischen Patriotismus“ kann man vor dem 19. Jahrhundert in Masuren sicherlich nicht sprechen.

Wenn man entscheiden will, ob sie „ganz und gar Polen“ gewesen seien, müßte man sich vorher einigen, nach welchen Kennzeichen man einen Menschen diesem oder jenem Volk zuordnen will (Abstammung? Mutter- oder Umgangssprache? Konfession? Eigene Entscheidung? Staatsangehörigkeit?). Weil es darüber keine Einigung gibt, konnte es auch zu dem Streit darüber kommen, ob Kopernikus ein Pole oder ein Deutscher gewesen sei.

*Zu These 18 (Kopernikus) und 21 (Polen im Zeitalter der Renaissance)*

Es muß zugegeben werden, daß diese beiden Thesen besser vereinigt würden, da sonst tatsächlich der falsche Eindruck entstehen kann, den Labuda befürchtet.

*Zu These 24 (Die staatliche Ohnmacht Polens)*

Die These sagt nicht, daß der Niedergang Polens letzten Endes auf die Staatsform zurückzuführen sei. Die Staatsform ist nur Ausdruck eines innenpolitischen

und sozialen Zustandes. In Polen entwickelt sich die für das östliche Mitteleuropa typische Adelsfreiheit am vollständigsten, in Preußen und Rußland dagegen das absolutistische System. Das Streben nach Macht, also auch nach territorialer Ausdehnung, ist allen absolutistischen Staaten gemeinsam. Diese Dinge werden von der „traditionellen Geschichtsschreibung“, wie Labuda sie nennt, keineswegs übersehen. Wohl jedes Geschichtslehrbuch geht darauf ein.

*Zu These 27 (Die polnischen Teilungen)*

Labuda nennt die Formulierungen der These falsch. Wegen der beginnenden inneren Reformen Polens habe für Preußen und Österreich 1772 keineswegs die Alternative bestanden, Polen entweder russisch werden zu lassen oder die eigenen Grenzen möglichst weit auf Kosten Polens nach Osten vorzuschieben. Entscheidend ist hier aber nicht, was der heutige Historiker weiß, sondern was Friedrich II., Joseph II. und Kaunitz wußten. Erkannten sie die beginnenden Reformen, die eine Kräftigung Polens erhoffen ließen? Das ist zu bezweifeln. Das politische Testament Friedrichs des Großen aus dem Jahre 1768 weiß nichts davon. Oskar Halecki<sup>16)</sup> kennzeichnet die Lage von 1772 in folgender Weise: „The hour therefore, seemed to have arrived in which to realise the plan of Catherine II and her minister Panin of subjecting the whole of Poland to Russian domination. But Frederick II had his own plan which he had been patiently developing since 1768 and with which he had acquainted the empress in 1770... It was, indeed, the Austrians who, in spite of Maria Theresa's scruples, were the first to penetrate into Polish territory.“ Labudas Formulierung, „die inspirierende und aggressive Rolle Preußens ist dabei nicht zu bezweifeln“, scheint mit den Tatsachen weniger gerecht zu werden.

*Zu These 30 (Die Teilungsmächte im 19. Jahrhundert)*

Labudas Kritik beruht darauf, daß er die Ausdrücke „konservativ“ und „revolutionär“ im gebräuchlichen innenpolitischen Sinn versteht. In der These sind sie außenpolitisch gemeint. Die Teilungsmächte sind nach 1815 für Erhaltung der bestehenden Grenzen und insofern „konservativ“, ähnlich wie etwa Frankreich nach 1919. Im entsprechenden Sinn sind die Polen nach 1815, auch die von Piwarski genannten Konservativen, in ihrer Mehrzahl „revolutionär“, ähnlich wie etwa die Österreicher, die Sudetendeutschen oder die konservativen Südtiroler nach 1919.

*Zu These 31 (Deutsche Einwanderung in Kongreßpolen)*

Gemeint sind hier nicht, wie Labuda annimmt, die preußischen Zolltarife von 1823, die nur für den Danziger Getreidehandel nachteilig sind, sondern die russisch-polnischen Schutzzölle besonders von 1825, die die entstehende polnische Industrie fördern, aber Tuchmacherei und Transithandel des östlichen Preußen, namentlich Posens, vernichtend treffen<sup>17)</sup>.

<sup>16)</sup> a. a. O. S. 196.

<sup>17)</sup> Vgl. M. Handeisman, X. Cambridge Hist. of Poland II, 288.

### Zu These 32 (Posen vor 1848)

Woran Labuda denkt, wenn er von einer wirtschaftlichen Gemeinschaft der polnischen Teilgebiete spricht, bedürfte noch der Erläuterung, wurde doch Kongreßpolen durch die erwähnten Schutzzölle von Posen und Galizien getrennt und durch die Zollbestimmungen von 1850 wirtschaftlich mit Rußland vereinigt. Auch verstehe ich nicht, wieso die preußische Wirtschaftspolitik gegenüber Polen „reaktionär“ gewesen sein soll. Piwarski bezeichnet die Darstellung der Bauernbefreiung in der These als falsch, weil sie den Interessen der deutschen und polnischen Großgrundbesitzer entsprochen habe<sup>18)</sup>. Wenn man vergleicht, wie die Bauernbefreiung in den einzelnen preußischen Provinzen durchgeführt wurde, wird man zu einem anderen Ergebnis kommen. (In den altpreußischen Provinzen mußten die Bauern für Ablösung der Lasten in der Regel Land abgeben, in Posen nicht.) Ebenso wenig „reaktionär“ war die Befreiung der ländlichen und städtischen Bevölkerung von zahlreichen Bindungen, die Anlage von Straßen, die Zuführung von Kapital (1842 Ermächtigung für die polnische Posener Landschaft, Schuldverschreibungen über 11 Millionen Taler auszugeben) und andere Maßnahmen, ohne die der Aufstieg des polnischen Bauerntums und Mittelstandes nicht denkbar ist.

Labuda empfindet die Kennzeichnung der Beweggründe der preußischen Regierung bei der Bauernbefreiung als unrichtig und will „die revolutionäre Wirkung der Entwicklung der Produktionskräfte“ mehr hervorgehoben haben. Mir scheint hier aber die Gesetzgebung das Primäre gewesen zu sein, denn in anderen Ländern mit ähnlichen Verhältnissen, aber ohne entsprechende Gesetzgebung (z. B. Ungarn) kam es nicht zu einer parallelen Entwicklung des Bauern- und Bürgertums.

Labudas Hinweis darauf, daß den Posener Polen trotz der Bestimmungen der Wiener Schlußakte die freie Entwicklungsmöglichkeit genommen war, ist richtig; in These 27 wird aber auch darauf hingewiesen.

Die These 35 wollte nur sagen, daß die preußische Regierung vor 1848 nicht versucht hat, die Polen zu germanisieren. Flottwells Bestreben, polnischen Grundbesitz in deutsche Hände zu bringen, war etwas anderes. Aber dieses Unternehmen blieb Episode. Außerdem wurden die Güter zum Teil aus deutschem Besitz erworben und bei der Vergebung auch Polen berücksichtigt. Im ganzen kamen auf diese Weise nur etwa 30 deutsche Rittergutsbesitzer ins Land. Viel wichtiger war der Besitzwechsel auf Grund des staatlich nicht beeinflussten Kapitaleinstroms aus den westlichen Provinzen, der sich wieder die Verschuldung der polnischen Besitzer zunutze machte.

Daß Labuda polnische Adlige, die hohe Ämter in Preußen bekleideten, als Renegaten bezeichnet, steht in Widerspruch zu seiner sozial-ökonomischen Betrachtungsweise. Man sollte danach doch die Solidarität des Adels, einerlei, welchem Volke angehörig, als das Normale ansehen.

<sup>18)</sup> Die These folgt J. F e l d m a n, Cambridge Hist. of Poland II, 346.

### Zu These 35 (Das Ende der deutschen Polenfreundschaft)

Labuda hat recht, wenn er sagt, die Posener Erhebung habe sich nicht gegen die dortigen Deutschen gewandt, wohl aber empfanden diese die Forderung, ganz Posen in ein polnisches Land zu verwandeln, als eine Bedrohung, und sie reagierten entsprechend. Eine deutsch-polnische Solidarität bestand nur vorübergehend im März 1848 in der Stadt Posen, und dabei waren gerade hohe Militärs, so der Kommandierende General von Colomb und Major Kniffka sowie der Oberbürgermeister Naumann, beteiligt!<sup>19)</sup> Wenn die polnische Bewegung Klassenkampfcharakter getragen hätte („gegen eine dünne Schicht von Beamten, Höflingen und Junkern“), hätte sie sich auch gegen die polnischen Gutsbesitzer wenden müssen. Das war aber nicht der Fall<sup>20)</sup>.

Zugegeben werden muß, daß die von Labuda und Piwarski und ebenfalls von Rhode beanstandete Formulierung „Deutsche und Polen werden zu Gegnern“ zu scharf ist, da ja linksbürgerliche und sozialdemokratische Politiker in Deutschland noch bis 1918 den polnischen Freiheitsbestrebungen im allgemeinen sympathisierend gegenüberstanden<sup>21)</sup>. Aber konnte man von einer „Freundschaft“, d. h. einem Verhältnis auf Gegenseitigkeit, sprechen? So wie im März 1848 die von den Posener Deutschen ausgestreckte Hand von den Polen zurückgewiesen wurde, blieben auch die Bemühungen Bebels und anderer Sozialdemokraten um Zusammenarbeit mit den Polen fast erfolglos, wurden die Posener Arbeiter- und Soldatenräte 1918 enttäuscht. Die Vergeblichkeit dieser Bemühungen führte dazu, daß man in Deutschland Politiker, die nach einer Verständigung mit Polen strebten, als weltfremd und würdelos ansah, wie z. B. Hellmut von Gerlach.

Die Frage danach, wer in dem Streit um Posen im Recht gewesen sei, soll — entgegen der Annahme von Maleczyńska/Popiołek — in der These nicht entschieden werden. Verschiedene „Rechte“ traten einander gegenüber: der polnische historische Anspruch auf die Grenzen von 1772, das preußische legitime Besitzrecht auf Grund der Wiener Schlußakte von 1815, der polnische juristische Anspruch auf die im preußischen Besitzergreifungspatent von 1815 zugesicherten Rechte, das ebenfalls juristische preußische Argument, die Polen hätten wegen Mangel an Loyalität die genannten Rechte verwirkt, und schließlich die polnische und deutsche demokratische Forderung nach einem nationalen Staat. In diesem Streit siegte der Inhaber der tatsächlichen Macht, der preußische Staat.

### Zu These 37 (Kulturkampf und Ostmarkenpolitik)

Auch diese These will lediglich Tatsachen feststellen, keine Urteile fällen. Daß die Deutschen Posens in ihrer großen Masse eine „zugewanderte Bevölke-

<sup>19)</sup> Siehe Rhode, Geschichte der Stadt Posen, 1953, S. 116 ff.

<sup>20)</sup> Nach Hans Schmidt: Die polnische Revolution des Jahres 1848 im Großherzogtum Posen. Weimar 1912, S. 94 ff. und J. Feldman, a. a. O.

<sup>21)</sup> Marx und Engels, auf die Labuda und Piwarski hinweisen, haben sich aber gegen Wiederherstellung der polnischen Westgrenze von 1772 gewandt. N. Rjasanoff: Karl Marx und Friedrich Engels über die Polenfrage. Archiv für die Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung. 6. Jahrg. (1916), S. 175—221.



„rung“ waren (Maleczyńska/Popiołek), ist falsch. Das traf zwar für einen großen Teil der Beamten und Soldaten und später der Neusiedler zu, nicht aber für die Mehrheit der deutschen Bevölkerung. Der Umstand, daß die Verfahren der Posener Deutschen irgendwann einmal — friedlich und ohne jemandes Recht zu verletzen — eingewandert waren, kann ihr Daseinsrecht nicht schmälern. (Die Ansicht, Zuwanderer und ihre Nachkommen seien minderberechtigt, heute noch von polnischer Seite zu hören, ist überraschend.)

Darf man das nationale Erwachen der Völker als einen „natürlichen Prozeß“ ansehen? Es ist eine geistesgeschichtliche Erscheinung, die fast alle Völker Europas ergreift, aber nicht alle. Im alten Preußen wurden die Litauer und Masuren Ostpreußens, die Mährer im Hultschiner Ländchen und die Wallonen in Malmedy nicht davon ergriffen, und man darf vermuten, daß auch bei den Wasserpolen ohne den Anstoß von Posen der polnische Nationalismus kaum Anhänger gefunden hätte.

#### *Zu These 41 (Die deutsch-polnischen Grenzen)*

Maleczyńska/Popiołek bemängeln, daß gegen die „falschen Auffassungen“ auf deutscher Seite hinsichtlich der Grenzziehung nicht ausdrücklich polemisiert werde. Hier erhebt sich die Frage, welche Grenzziehungen als „falsch“ und welche als „richtig“ zu bezeichnen sind. War es z. B. richtig, die Grenze an der Obra nach strategischen und bei Soldau nach verkehrsmäßigen Rücksichten festzulegen? War es richtig, in einigen Gegenden den Willen der betroffenen Bevölkerung entscheiden zu lassen und in anderen nicht? Das sind Probleme, die sich im Rahmen dieser Thesen nicht lösen lassen.

Was den Streit um die Grenzen nach 1919 betrifft, so muß man, um mit Piwarski die „richtigen Proportionen“ herzustellen, bemerken, daß man in Deutschland mit Gründen, die dem Rechtsdenken des 20. Jahrhunderts entstammten, die Berechtigung einer ganz neuen Grenzziehung bestritt, während man in Polen damals für eine Grenze an der Oder nur die Argumente der nationalen Romantik anführen konnte. Dem polnischen Traum von der Wiederherstellung des Reichs des Bolesław Chrobry entsprach der alte deutsche Traum, Kaiser Friedrich Barbarossa möge aus dem Kyffhäuser wiederauferstehen, um die alte Reichsherrlichkeit zu erneuern.

#### *Zu These 42 (Polen zwischen den Weltkriegen)*

Man darf doch sagen, daß der Nichtangriffspakt mit Polen einen positiven Erfolg gezeitigt hat. In Presse, Rundfunk und Film wurde Polen fünf Jahre lang sachlich, ja anerkennend gewürdigt. Das war für viele Deutsche, die bisher nur Negatives über Polen gehört hatten, etwas ganz Neues und blieb nicht ohne Wirkungen.

#### *Zu These 44 (Polen unter deutscher und sowjetischer Besatzung)*

Wieso die These den Vorgang verdunkelt, indem sie das Deutsche Reich und die Sowjetunion zugleich nennt, ist aus dem, was Maleczyńska/Popiołek sagen, nicht zu ersehen. Ohne den deutsch-sowjetischen Teilungsvertrag von August

1939 sind die Dinge doch nicht zu erklären. Auch ist das Land östlich des Bug damals unzweifelhaft ein Teil des polnischen Staates gewesen. Daß die Bevölkerungsmehrheit dort nicht polnisch war, ist in diesem Zusammenhang unwesentlich. (In These 39 wird ausdrücklich auf die polnischen Kulturzentren Wilna und Lemberg hingewiesen.) Außerdem waren im September 1939 zahlreiche Polen aus Westpolen dorthin geflohen. Das Schicksal dieser und der ortsansässigen Polen unter sowjetischer Herrschaft ist durchaus dem der übrigen Polen unter deutscher Herrschaft vergleichbar.

Wenn in der These von der Dezimierung der sozial führenden Schichten durch Deutsche und Sowjets gesprochen wird, so sind in diese „führenden Schichten“ — westlichem Sprachgebrauch entsprechend — auch die Führer der Gewerkschaften und sozialistischen Parteien mit eingeschlossen.

#### *Zu These 45 (Der polnische Widerstand)*

Maleczyńska/Popiołek schreiben, die Gründe für den Zusammenbruch des Warschauer Aufstandes würden entgegen der Wahrheit nur im Anhalten der sowjetischen Offensive gesucht. Hier stehen die polnisch-sowjetischen Beziehungen zur Debatte. Es sei deshalb auf das hingewiesen, was am Schluß der Einleitung darüber gesagt wird.

#### *Zu These 47 (Die Oder-Neiße-Linie)*

Nach Labuda und Maleczyńska/Popiołek ist die Flucht und Vertreibung der Deutschen aus den Gebieten östlich der Oder und Neiße eine Fortsetzung der seit der Mitte des 19. Jahrhunderts einsetzenden Abwanderung eines Teils der kleinstädtischen und ländlichen Bevölkerung dieser Gebiete. Hier führt die ökonomische Betrachtungsweise zu einem seltsamen Fehlschluß. Ohne Zweifel ist die Abwanderung eines Teils des Bevölkerungsüberschusses wirtschaftlich bedingt, aber nicht erst durch die Entstehung des rheinisch-westfälischen Industriegebietes hervorgerufen worden. Diese Wanderbewegung beginnt im westlichen Deutschland bereits im 18. Jahrhundert und richtet sich zunächst nach Rußland, Ungarn und Nordamerika. Im Laufe des 19. Jahrhunderts beginnen auch Bauernsöhne aus den Ländern östlich der Elbe abzuwandern, zuerst Deutsche, dann, nach der Jahrhundertmitte, auch Polen, noch später auch Litauer und Ukrainer. Zuerst noch sind die Agrargebiete Nordamerikas und Brasiliens ihr Ziel, dann aber, seit Aufkommen der Industrie, die Industriegebiete um Lodsch, in Oberschlesien, um Berlin, an der Ruhr, in Nordfrankreich und Pennsylvanien. Diese Wanderung nach den Industriezentren ist eine typische Erscheinung des 19. und 20. Jahrhunderts und nicht eine deutsche „Ostflucht“. Sie ist als „Landflucht“ heute in fast allen Ländern der Welt zu beobachten, besonders dort, wo die Lebensbedingungen in den Städten besser sind als auf dem Lande, wie heute z. B. in Marokko und Argentinien und nicht zuletzt gerade in den letzten Jahren in Polen, wo vor allem die kleinen Städte veröden. Niemals aber umfaßt sie die gesamte Bevölkerung, (Auch ist die Bevölkerung Ostdeutschlands trotz dieser „Ostflucht“ ständig angewachsen.)

Etwas völlig anderes — und das ist anscheinend vom Blickpunkt des historischen Materialismus aus nicht zu erkennen — sind die Bevölkerungsverschiebungen, die der Nationalismus des 19. und namentlich des 20. Jahrhunderts hervorgerufen hat; Verschiebungen, die als Verdrängung, Ausweisung, Flucht, Vertreibung oder Umsiedlung in Erscheinung treten. Sie umfassen stets ganze Volksgruppen, sie sind unfreiwillig und nicht wirtschaftlich, sondern ideologisch bedingt.

\*

Über den Inhalt vieler Thesen gibt es also noch unterschiedliche Ansichten. Wo ich den polnischen Kritikern nicht beistimmen kann, habe ich es offen ausgesprochen. Das scheint mir der Sache dienlicher zu sein, als Kompromißformeln zu suchen. Die Mehrheit der Thesen aber ist nicht kritisiert worden, und ich darf vermuten, daß viele von ihnen auf polnischer Seite Billigung gefunden haben. Ich möchte dies als ein hoffnungsvolles Zeichen dafür nehmen, daß eine weitere Verständigung möglich sein wird.

Große Hindernisse liegen noch auf allen Wegen, die zu einer Verständigung zwischen den beiden europäischen Nachbarvölkern führen könnten. Sie können beseitigt werden, wenn der Geist herrscht, von dem Paulus im 13. Kapitel des 1. Korintherbriefes spricht.